



Petition 189675

Führerscheinwesen - Regelmäßige Fahrtauglichkeitsprüfung für Inhaber einer Fahrerlaubnis ab dem 60. Lebensjahr

Text der Petition	Mit der Petition wird eine gesetzliche Regelung gefordert, nach der ab dem 60. Lebensjahr eine regelmäßige Fahrtauglichkeitsprüfung für Inhaber einer Fahrerlaubnis verpflichtend wird.
Begründung	<p>Mit zunehmendem Alter können körperliche und geistige Veränderungen wie nachlassende Reaktionsfähigkeit, Sehschwächen oder die Einnahme bestimmter Medikamente die Fahrsicherheit beeinflussen.</p> <p>In Deutschland gibt es bislang keine verpflichtende Fahrtauglichkeitsprüfung im höheren Alter – anders als in mehreren EU-Staaten. In Italien beispielsweise müssen Fahrerinnen und Fahrer ab 50 Jahren alle 10 Jahre, ab 70 Jahren alle 5 Jahre und ab 80 Jahren alle 2 Jahre ihre Fahrtauglichkeit ärztlich überprüfen lassen.</p> <p>Diese Regelung hat sich dort bewährt und trägt zur Verkehrssicherheit bei.</p> <p>Eine vergleichbare Lösung in Deutschland – etwa eine Untersuchung alle fünf Jahre ab dem 60 oder 65. Lebensjahr – würde helfen, mögliche gesundheitliche Einschränkungen frühzeitig zu erkennen.</p> <p>Ziel ist nicht, ältere Menschen zu diskriminieren, sondern ihre eigene Sicherheit und die anderer Verkehrsteilnehmer zu schützen.</p> <p>Eine regelmäßige Überprüfung trägt nicht nur zur Sicherheit der älteren Fahrer selbst bei, sondern reduziert auch das Risiko für andere Verkehrsteilnehmer. Beispielsweise können langsame Reaktionen beim Überholen, Spurwechsel oder Einfädeln auf Autobahnen und in städtischem Verkehr zu gefährlichen Situationen führen.</p> <p>Durch frühzeitige medizinische oder verkehrspsychologische Kontrollen lassen sich solche Risiken deutlich minimieren.</p> <p>Studien zeigen, dass ältere Menschen zwar seltener Unfälle verursachen, Unfälle aber häufiger schwerwiegende Folgen haben, wenn altersbedingte Einschränkungen eine Rolle spielen. Eine sachlich durchgeführte, regelmäßige Prüfung erhöht die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.</p> <p>Damit die Maßnahme sozial gerecht ist, sollte der Staat die Kosten der Untersuchungen ganz oder teilweise übernehmen – etwa durch Zuschüsse, eine Kostenbeteiligung der Krankenkassen oder eine kostenlose Erstprüfung ab 60 oder 65 Jahren. So wird verhindert, dass finanzielle Hürden ältere Menschen</p>

benachteiligen.

Die Einführung einer solchen Regelung würde nicht nur die Sicherheit auf deutschen Straßen erhöhen, sondern auch das Vertrauen in die Verkehrspolitik stärken. Deutschland könnte damit eine Vorreiterrolle innerhalb der Europäischen Union einnehmen und eine Grundlage für eine spätere EU-weite Vereinheitlichung schaffen.

Diese Maßnahme ist ein ausgewogener Schritt zwischen Selbstbestimmung, Verantwortung und Sicherheit. Sie respektiert die Mobilität älterer Menschen und schützt zugleich die Allgemeinheit.